

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Vertriebsort: Nachrichten Dresden.
Vertriebsnummer: 25 241
Für die Nachdrucke: 20011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle
Markenstraße 38/40.
Verlag von Neigig & Reichardt in Dresden.
Pollich-Route 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 18. bis 30. 11. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung zu Hause 1,50 Mark. Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die Spalte 30 mm breit, 30 Zeilen hoch, 1. ausm. 35. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Rabatt 10-4, außer 20.4, die 90 mm br. Reklametexte 150.4, außer 200.4. Offertengebühr 10.4. Usw. Umlage des Vorausbez. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. Unserer Schriftleitung werden nicht aufbewahrt.

Transportable Herde
in Schmiedeeisen und Guß · Bevorzugte Fabrikate
Preiswerte und praktische Siedelungsgeräthe
Florian Czockerts Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

Erstklassige
Reise-Koffer
Schrank-Koffer
sämliche Reiseartikel
ADOLF NÄTER PRAGER STR. 26

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. Sa., Martinstraße 12

Sindenburg und der Locarno-Vertrag.

Die Bedenken des Reichskabinetts wegen der Unzulänglichkeit der Rückwirkungen.

Brauns über das Warnungstelegramm des Reichskabinetts gegen die Paraphierung in Locarno. — Vandervelde über Locarno.

Die formale Bedeutung einer Unterschrift.

Berlin, 17. Nov. Es heißt, der Reichspräsident wolle den Großen Ausschuss für die besetzten Gebiete einberufen wissen, um ihn zu einer Meinungsäußerung über die „Erläuterungen“ zu veranlassen. Gleichzeitig aber heißt es, daß dieser Wunsch des Reichspräsidenten bei der Reichsregierung auf Schwierigkeiten stöße.

Berlin, 17. Nov. Der „Berl. Volksanz.“ stellt bezüglich der Stellung des Reichspräsidenten zu dem Vertrag von Locarno folgendes fest: Verfassungsmäßig liegt dem Reichspräsidenten rein formell die Handlung der Ratifizierung ob, falls Reichskabinetts und Reichstag das Vertragswerk annehmen. Diese Unterschrift entspricht der nach der Verfassung notwendigen Inkrustierung jedes beliebigen Gesetzes durch den Präsidenten des Reichs. In keiner Weise aber ist diese Unterschrift Sindenburgs als eine Billigung des Vertrages nach seinem gesamten Inhalt anzusehen. Man darf dabei daran erinnern, daß im kaiserlichen Deutschland der Monarch sehr oft verfassungsmäßig seine Unterschrift unter Gesetze, die ihm nach ihrem Inhalt, geltend gelang, sehr unpassend waren, setzen mußte. Es ist also völlig abwegig, wenn von gewisser Seite die Haltung Sindenburgs zum Vertrag von Locarno als eine Billigung dieses Wertes hingestellt wird. Nach der Verfassung bleibt dem Präsidenten keine andere Wahl, wenn er nicht seine Unterschrift formell verweigern und dann die Konsequenzen des Nichttritts von seinem Amte ziehen will.

Weitere Mängel der Rückwirkungen.

Berlin, 17. Nov. Bei der Vorlage, mit deren Ausarbeitung das Auswärtige Amt beauftragt ist, handelt es sich um die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Vertrages und zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Nach den vom Reichsjustizministerium und dem Reichsinneministerium erstatteten Gutachten ist eine Zweidrittelmehrheit für die Annahme dieser Vorlage nicht erforderlich. Was die Einwirkungsfrage anlangt, so ist in Bezug auf die Kasernierung der Polizei ein Kontingent von 32000 für die Kasernierung ausgedacht worden, aber ohne Einrechnung der Polizeischüler. Die letzte deutsche Forderung belief sich auf ein Kontingent von 35000 Mann unter Einbeziehung der Polizeischüler. Die Rückwirkungen bleiben u. a. insofern hinter den deutschen Forderungen zurück, als die Frage der Hand-Isuffizienz nicht mit einbezogen. Hier wird sich aber das weitere daraus ergeben, daß die letzte Luftfahrnote der Regierung von Deutschland nicht anerkannt worden ist, daß also neue Verhandlungen stattfinden werden.

Die Bilanz von Locarno.

Mit der Bekanntgabe der Rückwirkungen durch die französische Note ist der letzte Stein in das Gebäude von Locarno eingeklappt worden, das als ein stolzes und hehreres Wahrzeichen einer neuen Epoche allgemeiner Friedens- und Verständigungseligkeit errichtet wurde, und dessen riesiges Gerüst den Gesamtbau bisher einer umfassenden Kritik entzogen. Sicherhaft hatten auf diesem Gerüst, noch ehe der Rohbau fertig war, die politischen Kunstgewerber der ganzen Welt und nicht zuletzt das große Heer der deutschen Verhandlungsfanatiker gearbeitet, um ihn mit einem Fassadenzierat zu belegen, der nicht nur das eigentliche Bauwerk erdrückt, sondern auch das Mauerwerk so weit verdeckt, daß es schwer wird, die fehlerhafte Konstruktion des Gebäudes und vor allem das bedenklich schwankende Fundament zu erkennen, auf dem es hochragend und allzu schön errichtet wurde. Es kommt hinzu, daß die deutschen Linksparteien längst schon in Locarno nicht mehr den weltpolitischen Eckstein erblickten, der von entscheidendster Bedeutung für die künftige deutsche Außenpolitik ist, sondern daß es für sie vor allen Dingen ein Mittel zum innerpolitischen Zweck geworden ist, um dadurch ihre innerpolitische Herrschaft zu stabilisieren. Immer schwächer wurde die Betonung der einst von allen Parteien aufgestellten Voraussetzungen und Vorbildungen, immer fächer, immer bedenkenloser wurde die Stimmungsmache, die mit ihrer Ausmalung von phantastischen Zukunftsbildern der Zeit nach Locarno und in der völligen Unterdrückung irgendwelcher Nachteile alle Grenzen überschritt. Um so notwendiger ist es darum jetzt, den Bau von Locarno aller der blühenden Ornamente zu entkleiden und nüchtern und objektiv die Bilanz der Locarno-Politik zu ziehen, um den Weg zu der großen Entscheidung freizumachen, vor der das deutsche Volk jetzt steht.

Der Verfasser der „Resolution“ gegen die Deutschnationalen.

Berlin, 17. Nov. Herr Berner v. Alvensleben erklärt, daß er der alleinige Inspirator und Verfasser der bekannten Protestresolution gegen die deutschnationale Parteipolitik in der Locarno-Frage sei. Es war behauptet worden, die Resolution sei auf den Kammerdirektor Alvefeld, dem Schwager des Außenministers, zurückzuführen.

Keine Auflösung der Versailleser Militärkommission.

Paris, 17. Nov. Die Morgenblätter dementieren die Meldung eines englischen Blattes, wonach die Auflösung des internationalen Militärausschusses in Versailles jetzt nach Erfüllung seiner Aufgabe bevorstehe. Der Militärausschuss in Versailles werde, so führen die Blätter aus, mindestens so lange im Amte bleiben, wie die alliierten Truppen im Rheinland verbleiben. Die F. M. A. in Berlin werde zwar allmählich eingeschränkt, wohl aber kaum vor Jahresfrist durch den Völkerbund abgelöst werden.

Die innerpolitische Behandlung des Vertrages.

Berlin, 17. Nov. Es heißt, daß einzelne Mitglieder des Kabinetts, darunter vor allem der Reichsjustizminister, dem auch das Ministerium für die besetzten Gebiete untersteht, sehr ernste Bedenken gegen die Zustimmung zu den Locarno-Verträgen geltend gemacht haben, weil die Verhandlungen über die Rückwirkungen nicht das erhoffte Ergebnis hatten. Die Debatte des Reichstagsplenums über Locarno wird am Montag, dem 23. November, beginnen. Von den Verhandlungen der Fraktionen wird es abhängen, ob die Regierung vom Reichstag einen gleichzeitigen Beschluß auf Zustimmung zur Unterzeichnung und auf Ratifizierung der Verträge fordert, oder ob sie sich zunächst mit einem Vertrauensvotum begnügt. Die Unterzeichnung der Verträge werden dann im Auftrage des Reichspräsidenten auf Grund von Artikel 45 der Reichsverfassung vorläufig vorgenommen, und die Ratifizierung im Reichstag erst nach der Klärung der parlamentarischen Krise versucht werden. Da in den Verhandlungen des Zentrumsparteitages die große Koalition auch von rechtsstehenden Zentrumsmitgliedern, wie dem Abg. Siegerwald gefordert ist, wird nach Ansicht mittel- und parteilicher parlamentarischer Kreise das Zentrum wohl in den kommenden Beratungen die Bildung der großen Koalition versuchen. Die Entscheidung darüber liegt bei der Deutschen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten. Bei der Deutschen Volkspartei besteht keine Meinung, die große Koalition wieder ins Leben zu rufen. Es scheint vielmehr, daß man hier eine Koalition der Mitte unter Führung des jetzigen Reichskanzlers Dr. Luther wünscht. Die Unterzeichnung einer solchen Koalition und die Annahme einer von Dr. Luther eingebrachten Vorlage über Locarno hat die Sozialdemokratie aber bisher abgelehnt.

Keine Monopolisierung der Luftfahrt.

Offen, 17. Nov. In einer Sitzung des Niederrheinischen Vereins für Luftschiffahrt, der in einer Erklärung an die Ministerien gegen die Monopolisierung der Luftschiffahrt Stellung nahm, gab der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums folgende autorisierte Erklärung ab: Bei der zukünftigen Gestaltung der Luftfahrtunternehmung ist weder eine Verwirklichung noch eine Verstaatlichung geplant. Das Luftunternehmen erhält eine rein wirtschaftliche Einstellung. In ihm haben die Wirtschaftskreise die unbedingte Majorität. Der freie Wettbewerb der Industrie ist bei dem Luftunternehmen mit allen Mitteln zu fördern.

Vorläufig keine Unterbrechung der Kohlenlieferungen nach Belgien.

Brüssel, 18. Nov. Laut „Libre Belgique“ hat die belgische Regierung ihren Beschluß, den Bezug von Reparationskohle ab 1. Dezember einzustellen, bis auf weiteres rückgängig gemacht. (B. T. B.)

Das, was wir in Locarno erreicht haben, dementlich wenig ist, darüber war man sich in Deutschland, bevor das Trommelfeuer maßloser Stimmungsmache haben und dröben den klaren Blick verwirrt, fast allgemein klar. Für die Frage aber, ob man sich mit dem wenigen Erreichten zunächst zufrieden geben könnte auf einem ersten Schritt auf neuem Wege, ist der Geist entscheidend, der die Verträge besetzt. Die Probe für diesen Geist sollte, so war es die klare Absicht der deutschen Unterzeichner von Locarno, das Maß der Rückwirkungen sein, das Frankreich zugeht. Und diese Probe ist negativ ausgefallen. Das muß hervorgehoben werden, so wenig es die Aufgabe einer sachlichen Kritik sein kann, die Bedeutung der von Briand zugehenden Erläuterungen für das unterdrückte Rheinland herabzusetzen. Wir haben den Wert dieser Erläuterungen im Anschluß der Note Briands klar genug hervorgehoben. Wir dürfen uns aber auch nicht verhehlen, daß diese Erläuterungen, obwohl die französische Note natürlich diesen Eindruck zu erwecken versucht, nicht freiwillig zustande gekommene Auswirkungen des Weistes von Locarno sind, sondern daß sie den Franzosen in mühsamen Verhandlungen Punkt für Punkt abgerungen und, wie es die französische Presse eingesteht, letzten Endes deswegen erreicht worden sind, um die deutschen Locarno-Anhänger gegenüber der wachsenden Opposition gegen ein Vertragswerk zu stärken, an dem merkwürdigerweise das ganze Frankreich von Millerand — Poincaré bis Léon Blum einmütig interessiert ist. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir die Amnestie der verurteilten deutschen Rheinländer mit dem Zugeständnis der Straffreiheit für das Gefindel der französischen Oelfer am Rhein erkaufen, und daß das deutsche Recht auf die Räumung Kölns mit Bedingungen belastet wurde, die bis heute die deutsche Regierung noch nicht einmal bekanntzugeben wagte. Vergebens wird man hierbei nach dem Geist von Locarno suchen, vergebens sucht man in der französischen Note nach einem Hinweis auf die Beseitigung der Pöbeln für die deutsche Luftfahrt, nach einer Preisgabe der Verewigung der Militärkontrolle durch die Invektionen beschlüsse, nach der Vordatierung der Saarabstimmung, nach dem Versprechen der Schaffung eines Saarparlaments und der Beseitigung der schwarzen Schmach am Rhein. Entgegen der Stimmungsmache der deutschen Franzosenfreunde dauern auch die Schandurteile gegen deutsche Kriegsteilnehmer in Frankreich und Belgien fort. Alles das sind nur zu berechtigende deutsche Forderungen, die zum größten Teil selbst im Versailleser Diktat begründet sind, keinesfalls aber den geheiligten Versailleser Vertrag verletzen.